



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel** und **Fraktion (AfD)**

Energie für Bayern VI: Nationale CO₂-Abgabe auf Müllverbrennung nicht einführen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die geplante Ausweitung der nationalen CO₂-Abgabe auf die Müllverbrennung (ab dem 1. Januar 2024) nicht stattfindet.

Begründung:

Gemäß der Gesetzesänderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) durch die Ampel-Regierung vom Juli 2022 soll die nationale CO₂-Abgabe ab 2024 auf die Müllverbrennung erhoben werden.¹ Am 28.10.2022 wurde die Gesetzesänderung im Bundesrat von der CSU/FREIE WÄHLER-geführten Staatsregierung genehmigt.²

Aus mehreren Gründen ist die geplante Ausweitung der nationalen CO₂-Abgabe auf die Müllverbrennung kontraindiziert. Es drohen ein massiver Schaden für die Umwelt und eine unnötige Zusatzbelastung für Haushalte und Gewerbe.

Abfallgebühren würden deutlich steigen

Dieser Gebührensprung würde die, nach Ansicht des ifo Instituts und ewi Köln, länger währende Energiepreiskrise und Inflationsentwicklung noch weiter verschlimmern.³ Die Bundesregierung geht dabei von einer Mehrbelastung von über 900 Mio. Euro pro Jahr aus.⁴

¹ Bundesregierung (2022). CO₂-Bepreisung für alle fossilen Brennstoffe. URL: [https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/co2-preis-kohle-abfallbrennstoffe-2061622#:~:text=Anfang%202023%20startet%20die%20CO2-gilt%20erst%20ab%202024.&text=Mit%20dem%20ge%C3%A4nderten%20Brennstoffemissionshandelsgesetz%20\(%20BEHG,auf%20alle%20fossilen%20Brennstoffemissionen%20ausgeweitet](https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/co2-preis-kohle-abfallbrennstoffe-2061622#:~:text=Anfang%202023%20startet%20die%20CO2-gilt%20erst%20ab%202024.&text=Mit%20dem%20ge%C3%A4nderten%20Brennstoffemissionshandelsgesetz%20(%20BEHG,auf%20alle%20fossilen%20Brennstoffemissionen%20ausgeweitet)

² Bayerische Staatsregierung (2022). Abstimmungsverhalten des Freistaates Bayern und Ergebnisliste zur 1026. Sitzung des Bundesrates am Freitag, dem 28. Oktober 2022. URL: <https://www.bayern.de/wp-content/uploads/2022/11/Abstimmungsverhalten-1026.-Sitzung.pdf>

³ Kommunale Spitzenverbände (2022). Stellungnahme. URL: https://www.bundestag.de/resource/blob/914802/d5d6b968781ece6f41640ca9c4e474cf/20-25-196-Stellungnahme_SV_Komm_Spitzenverbaende_BEHG_12-10-2022-data.pdf

⁴ Deutscher Bundestag (2022). Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes. Drucksache 20/3438. URL: <https://dservers.bundestag.de/btd/20/034/2003438.pdf>

Keine Lenkungswirkung durch steigende Abfallgebühren

Abfallgebühren werden vielfach als Mietnebenkosten nach Wohnfläche auf alle Haushalte eines Gebäudes umgelegt, nicht nach dem eigenen Abfallaufkommen oder dessen Kunststoffgehalt.⁵

Doppelbesteuerung durch EU-Kunststoffsteuer

Die Kosten für die EU-Kunststoffsteuer tragen aktuell die deutschen Steuerzahler. Zahlen jetzt auch noch die Abfallgebührenzahler die CO₂-Kosten der Kunststoffverbrennung, werden die privaten Haushalte doppelt belastet.

Umweltschädliche Siedlungsabfälle werden wieder vermehrt auf Deponien landen

Es wird nicht weniger Müll erzeugt, wenn seine Entsorgung teurer wird. Viele Abfälle müssen im Interesse einer schadlosen Entsorgung thermisch behandelt werden. Eine Ausweichmöglichkeit auf andere Brennstoffe gibt es für die Müllverbrennungsanlagen nicht – ihre vorrangige Aufgabe ist vielmehr die Gewährleistung von Entsorgungssicherheit.

Gefahr steigender Abfallexporte

Ein nationaler CO₂-Preis auf die Abfallverbrennung im deutschen Alleingang erhöht das Exportrisiko von Abfällen. Somit werden die Emissionen nur in andere Länder verlagert werden, wo diese womöglich noch umweltschädlicher verbrannt würden.⁶

Ungerechte soziale Verteilungswirkung

Eine CO₂-Bepreisung der Abfallverbrennung ist dreifach ungerecht: Bei Geringverdienern machen die Abfallgebühren einen erheblich höheren Anteil des Haushaltsbudgets aus. Zudem haben Mieterhaushalte 30 Prozent mehr Restmüll als Einfamilienhauseigentümer. Schließlich belasten die gewählten Standardemissionsfaktoren die Privathaushalte mit den deutlich höheren Emissionen gewerblicher Kunststoffabfälle.⁷

⁵ BDE (2022). Stellungnahme. URL: https://www.bundestag.de/resource/blob/914618/adfc9b0f8bb4f055be201dfd9d0ee9f7/20-25-194-Stellungnahme_SV_BDE_oeA_BEHG_12-10-2022-data.pdf

⁶ EU-Recycling (2022). CO₂-Preis auf Abfall lässt steigende Abfallgebühren befürchten. URL: <https://eu-recycling.com/Archive/37911>

⁷ VKU (2022). Stellungnahme. URL: https://www.bundestag.de/resource/blob/914514/3760a3fc1493a8e094debdd470a990b5/20-25-193-Stellungnahme_SV-VKU_oeA_BEHG_12-10-2022-data.pdf